

**Soziale Verankerung und Politikverständnis von Gemeinderatskandidaten
Eine Untersuchung anlässlich der Kommunalwahlen 1999
in Freiburg im Breisgau und Neuenburg am Rhein**

von Dr. Ulrich Eith, Stefan Merz, M.A., Ingo Geisel

1. Theoretische Bezüge und Fragestellung

Kritik an Parteien ist so alt wie Parteien selbst. In regelmäßigen Abständen werden die immer gleichen Argumente und Vorurteile in unterschiedlichen Varianten wiederholt. Mal dominiert die *Omnipotenzthese* (Mintzel), wonach Parteien mit grenzenlosen Ambitionen auf Macht und Einfluss den vorpolitischen Raum dominierten, mal hat die *Impotenzthese* Konjunktur, wonach Parteien die notwendige gesellschaftliche Rückkopplung und Bodenhaftung verloren hätten und zur Erfüllung der Repräsentations-, Integrations- und demokratischen Herrschaftsaufgaben nicht mehr imstande seien.

Angesichts der normativen Tragweite der von rechter und linker Seite gleichermaßen vorgebrachten Parteienkritik soll diese empirische Untersuchung von Gemeinderatskandidaten ein Stück weit zur Wirklichkeitsanalyse beitragen. Hierbei stellt gerade der kommunale Bereich einen theoretisch und methodisch reizvollen Untersuchungsgegenstand dar. Zum einen lassen sich hier, an der Schnittstelle von professioneller Politik und bürgerschaftlichem Engagement, die gesellschaftlichen Wurzeln der Parteien in größerer Tiefenschärfe ausleuchten. Wer sind die Gemeinderatskandidaten und wie sieht ihr gesellschaftlicher Hintergrund aus? Entsprechen die Parteien aus diesem Blickwinkel eher dem Typus der *Milieupartei* (Lepsius) mit einer spezifischen Verankerung im vorpolitischen Raum, dem Typus der *Volkspartei* (Kirchheimer) mit einer unspezifischen Verankerung oder etwa dem Typus der *Kartellpartei* (Katz/Mair) oder *abgekoppelten Superstruktur* (Hennis), fixiert auf die staatlichen Institutionen der Herrschaftsausübung und losgelöst vom gesellschaftlichen „Wurzelgrund“? Zum anderen treten im kommunalen Bereich die lebensweltlichen Interessen- und Konfliktstrukturen mit ihren alten und neuen Herausforderungen in besonderer Klarheit zutage. Gelingt es der Kommunalpolitik und insbesondere dem Gemeinderat, die vielschichtigen und auch im Wandel begriffenen Interessenlagen aufzugreifen, widerzuspiegeln und politisch umzusetzen? Welches Politikverständnis wird hierbei deutlich? Versteht sich der Gemeinderat eher als *Honoratiorenversammlung* oder eher als *parteienstaatlich strukturiertes Parlament*? Verbleibt der Kommunalpolitik überhaupt ein eigenständiger Gestaltungsspielraum?

2. Datenbasis der Untersuchung

Die hier ausgewerteten Daten wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts der ARBEITSGRUPPE WAHLEN FREIBURG am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg erhoben. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg und dem Hauptamt der Stadtverwaltung Neuenburg wurden im Vorfeld der Gemeinderatswahl 1999 alle Kandidatinnen und Kandidaten schriftlich befragt. Die Studie stellt eine Replikation der bereits 1989 durchgeführten Untersuchung Freiburger Gemeinderatskandidaten dar, deren Ergebnisse 1994 veröffentlicht wurden (G. Mielke/U. Eith (1994): Honoratioren oder Parteisoldaten?, Bochum).

Der Fragebogen umfasste Angaben zum persönlichen und sozialen Umfeld sowie Einstellungen zu den Themenbereichen Politik, Kommunalpolitik, Parteien und innerparteiliche Partizipation. In Freiburg lag die Rücklaufquote knapp unter 60 % (N=264), in Neuenburg knapp darüber (N=45). Die überregionalen Parteien CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne erreichten in beiden Städten zwischen 60 % und 80 %, die Freien Wähler in Freiburg 42 %, in Neuenburg 58 %. Systematische Ausfälle konnten nicht beobachtet werden, so dass auf eine Gewichtung der Daten verzichtet wurde. Dennoch muss bei der Interpretation der Neuenburger Daten deren niedrige Fallzahl berücksichtigt werden. Aus Vergleichsgründen beschränkt sich die Untersuchung weitgehend auf die vier Berliner Parteien und die Freien Wähler, wobei sich in Neuenburg 1998 keine Kandidaten von Bündnis 90/Grüne zur Wahl stellten.

3. Sozialprofil und gesellschaftliche Verankerung der Gemeinderatskandidaten

(1) Das Sozialprofil der Neuenburger Gemeinderatskandidaten entspricht weitgehend dem Bild, das auch aus anderen Untersuchungen für die baden-württembergischen Gemeinderäte im Ganzen bekannt ist. Insgesamt dominieren Männer mittlerer und höherer Altersgruppen, die sich überwiegend der Mittelschicht zurechnen und einen hohen Grad an Ortsverbundenheit aufweisen. Ferner sind Selbständige stark überrepräsentiert (Tabelle 1).

(2) Etwas anders stellt sich das Sozialprofil der Freiburger Gemeinderatskandidaten dar. So ist der Frauenanteil insgesamt etwas höher, die Ortsverbundenheit hingegen etwas geringer ausgeprägt. Das Durchschnittsalter der Freiburger Kandidaten liegt auf den ersten Blick deutlich unter dem der Neuenburger Kandidaten, was vor allem jedoch auf das niedrigere Durchschnittsalter der Kandidaten der Grünen und der Jungen Liste zurückzuführen ist. Vergleicht man nur die in beiden Orten angetretenen Parteien, so verkehrt sich das Verhältnis bei der CDU und insbesondere bei den Freien Wählern ins Gegenteil. Weiterhin fällt auf, dass das formale Bildungsniveau der Freiburger Kandidaten erheblich über dem der Neuenburger liegt. Ursache hierfür dürfte vor allem der insgesamt hohe Akademikeranteil in der Universitätsstadt Freiburg sein.

(3) In Freiburg fügen sich die Unterschiede zwischen den Parteien und Listen in das Bild einer Zwei-Lager-Struktur. Auf den Listen des bürgerlichen Lagers – vor allem CDU und Freie Wähler – ist der Anteil der Selbständigen weitaus höher, die Kandidaten weisen eine wesentlich stärkere Ortsverbundenheit auf und sind im Durchschnitt älter. Umgekehrt sind die Kandidaten des links-alternativen Lagers – SPD und Grüne – im Schnitt jünger, weniger ortsverbunden und häufiger unselbständig beschäftigt. Die Kandidaten der FDP besetzen eine mittlere, jedoch eher dem bürgerlichen Lager zuzurechnende Position.

(4) Trotz geringer Fallzahlen ergibt eine nach Parteien und Listen getrennte Betrachtung des Sozialprofils der Neuenburger Gemeinderatskandidaten ebenfalls plausible Unterschiede. Auch hier unterscheiden sich die Kandidaten der SPD von den Kandidaten der bürgerlichen Parteien CDU und FDP sowie den Freien Wählern. Das formale Bildungsniveau der sozialdemokratischen Kandidaten ist deutlich niedriger und knapp die Hälfte rechnet sich der Unterschicht zu. Zudem ergeben sich gleichfalls Unterschiede hinsichtlich der Ortsverbundenheit: Lediglich ein Fünftel der SPD-Kandidaten lebt seit mindestens 30 Jahren in Neuenburg, während dieser Anteil bei den anderen Listen bei etwa 50 % liegt. Offensichtlich findet sich somit unter den SPD-Kandidaten ein höherer Anteil Zugezogener als unter den Kandidaten der übrigen Listen.

(5) Die Untersuchung der Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen verdeutlicht das breite gesellschaftliche Engagement der Gemeinderatskandidaten. Lediglich etwa 10 % der Freiburger Kandidaten gehören keinem Verein an, knapp die Hälfte ist in vier oder mehr Vereinen Mitglied. Hierbei ergeben sich deutliche Parteienprofile entlang der traditionellen Zuordnungsmuster und wiederum eine gewisse Aufteilung in zwei Lager (Tabelle 2). Während Sportvereine sich bei den Kandidaten aller Parteien großer Beliebtheit erfreuen, engagieren sich die Sozialdemokraten verstärkt bei den Gewerkschaften und in sozialen Vereinen, Grüne bei Naturschutzverbänden und in weltanschaulichen Vereinen. Demgegenüber bevorzugen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien und insbesondere die der Freien Wähler Musik- und Gesangsvereine sowie Berufsverbände, CDU-Kandidaten zudem noch katholische Organisationen. Die Neuenburger Kandidaten unterscheiden sich von diesem Muster kaum, allerdings ist die Zweiteilung SPD vs. bürgerliche Parteien schwächer ausgeprägt.

4. Die Stellung des Gemeinderats gegenüber der Verwaltung

(1) Wie auch vor zehn Jahren besteht für über die Hälfte der Freiburger Kandidaten die hauptsächliche Aufgabe des Gemeinderats in der Diskussion grundsätzlicher Fragen und einer entsprechenden Entscheidungsfindung (Tabelle 3). Ein weiteres Drittel der Kandidaten betont vorrangig die Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung, der Rest – bei FDP und Freien Wählern jeweils ein Viertel – sieht die Hauptaufgabe des Gemeinderats in der Unterstützung der Verwaltung. Wiederum ergeben sich nur geringe Unterschiede zu den Neuenburger Gemeinderatskandidaten. Lediglich die unterstützende Funktion des Gemeinderats wird dort etwas stärker hervorgehoben.

(2) Allerdings zeigen sich zwischen den Parteien in Freiburg beträchtliche Unterschiede. Fast die Hälfte der Sozialdemokraten aber nur ein Viertel der Grünen verstehen den Gemeinderat in erster Linie als umfassendes Kontrollorgan der Verwaltung. Demgegenüber sprechen sich etwa drei Viertel der Kandidaten der Grünen dafür aus, im Gemeinderat vor allem grundsätzliche Fragen zu diskutieren, während bei den bürgerlichen Listen CDU, FDP und Freie Wähler jeweils bis zu einem Viertel der Kandidaten den Gemeinderat als Unterstützungsorgan der Verwaltung sieht. Wie auch vor zehn Jahren sind die Freiburger Kandidaten mit Ausnahme der Grünen 1999 mehrheitlich davon überzeugt, dass sich der Gemeinderat mit seinen Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung jederzeit durchsetzen kann (Tabelle 4). Die Neuenburger Kandidaten sind in diesem Punkt insgesamt noch optimistischer.

(3) Der Oberbürgermeister sollte nach Ansicht der Mehrheit der Freiburger Kandidaten – Ausnahmen: CDU und Freie Wähler – vor allem politische Fähigkeiten in sein Amt einbringen (Tabelle 4). Anders stellt sich die Situation in Neuenburg dar. Wie auch in anderen kleineren Orten Baden-Württembergs sieht dort die große Mehrheit der Kandidaten den Bürgermeister überwiegend als Leiter der Verwaltung und schätzt dementsprechend Verwaltungskompetenz höher ein als politische Talente.

(4) Ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Freiburger und Neuenburger Gemeinderatskandidaten ergeben sich in der Einschätzung der für die eigene Mandatsausübung benötigten Kompetenzen (Tabelle 5). In Freiburg betrachten fast 50 % der Kandidaten spezifische Fachkenntnisse als unverzichtbare Voraussetzung für die kommunalpolitische Arbeit. Hingegen vertrauen zwei Drittel der Neuenburger Kandidaten auf den gesunden Menschenverstand und nur ein Drittel hält spezifische Fachkenntnisse für notwendig.

5. Die Funktion der Parteien in der Kommunalpolitik

(1) Die Freiburger Gemeinderatskandidaten weisen heute wie auch vor zehn Jahren ein parteienstaatliches Verständnis von Kommunalpolitik auf (Tabelle 6). Mehrheitlich verwerfen sie die im kommunalen Bereich übliche Sachfragen-Ideologie und bevorzugen stattdessen ein politisches Gesamtkonzept. Etwa 40 % der Kandidaten halten zudem die klare Trennung von Mehrheit und Opposition auch im Gemeinderat für wichtig. Lediglich die Kandidaten der Freien Wähler lehnen die parteipolitische Strukturierung der Kommunalpolitik in hohem Maße ab.

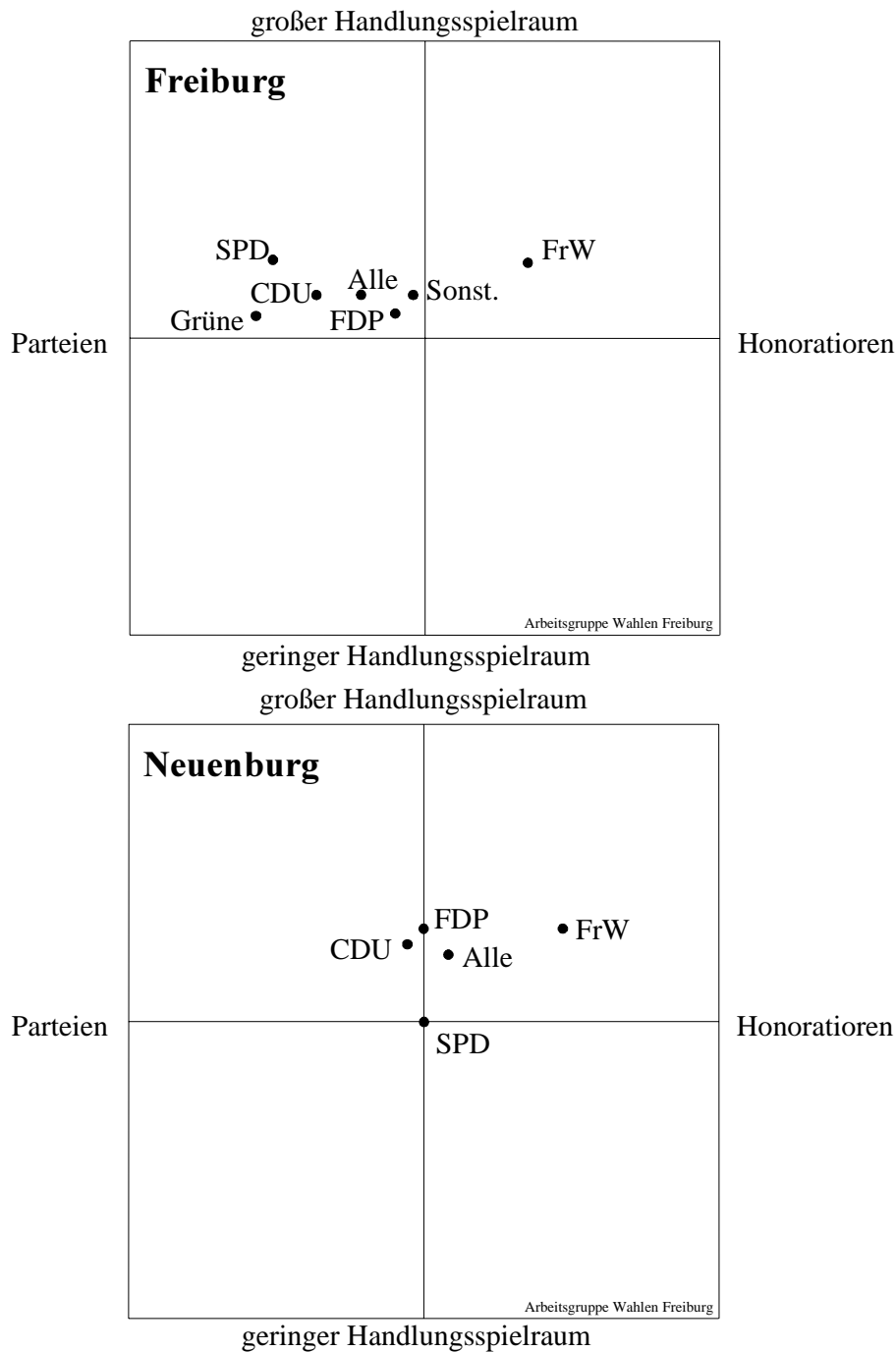
(2) Die Neuenburger Gemeinderatskandidaten räumen den Parteien auf dem Rathaus keinen großen Stellenwert ein, wenngleich man auch nicht vollständig auf sie verzichten möchte. In der Kommunalpolitik geht es nach Meinung der Kandidaten vor allem um das einvernehmliche Lösen von Sachfragen, eine klare Trennung von Mehrheit und Opposition erscheint hierzu nicht unbedingt notwendig. Entsprechend wird auch der Gemeinderat weniger als Parteienparlament sondern eher als Honoratiorenversammlung angesehen.

6. Der Handlungsspielraum der Kommunalpolitik

(1) Der kommunalpolitische Handlungsspielraum wird in Freiburg und Neuenburg unterschiedlich eingeschätzt (Tabelle 7). Die Freiburger Kandidaten beklagen eher geringe Handlungsspielräume für die Gemeinden, betrachten Gemeinderatsentscheidungen aber durchaus als politische Entscheidungen. Die Neuenburger Kandidaten hingegen sehen mit großer Mehrheit durchaus Handlungsspielräume für die Kommunalpolitik, wenngleich die politischen Entscheidungen ihrer Meinung nach vor allem auf Landes- und Bundesebene gefällt werden. Ganz offensichtlich liegt diesen gegensätzlichen Einschätzungen ein auch in anderen Studien nachgewiesenes unterschiedliches Verständnis von Kommunalpolitik zugrunde.

Während in kleineren Gemeinden die zu entscheidenden Fragen letztlich eher pragmatisch und konsensorientiert angegangen werden, neigen vor allem links-alternative Parteien und Gruppen in größeren Städten eher dazu, aktuelle Entscheidungen in den ideologischen Rahmen einer politischen Grundausrichtung einzubetten. Die Erwartungen an die kommunale Politikgestaltung sind somit weitaus größer, die wahrgenommenen Spielräume entsprechend geringer. Eine graphische Darstellung dieser Unterschiede zwischen den beiden Orten Freiburg und Neuenburg sowie zwischen den verschiedenen Parteien und Listen findet sich in Abbildung 1.

Abbildung 1: Einstellungen der Gemeinderatskandidaten 1999 in Freiburg und Neuenburg



Legende:

Die Achse „Parteien versus Honoratioren“ stützt sich auf die Aussagen „Sachfragen statt Parteipolitik“, „ohne Parteien droht Kirchturmspolitik“ und „Persönlichkeiten statt Parteipolitiker“. Damit werden die Einstellungen der Kandidaten bezüglich der Notwendigkeit und Funktion von Parteien im Gemeinderat illustriert. Für die verschiedenen Parteien und Listen lassen sich Mittelwerte zwischen den Polen „Parteienparlament“ und „Honoratiorenversammlung“ errechnen.

Die Achse „geringer versus großer Handlungsspielraum“ basiert auf den Aussagen „Gemeinderat kann sich durchsetzen“, „politische Entscheidungen erst auf Landesebene“ und „kaum Handlungsspielraum für Gemeinden“. Sie spiegelt das von den Kandidaten geschätzte Ausmaß der Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik wider und bewegt sich zwischen den Alternativen geringer Handlungsspielraum bzw. großer Handlungsspielraum.

7. Bewertende Einordnung

(1) Gemessen an den betrachteten Indikatoren können die Kandidaten des Freiburger und des Neuenburger Gemeinderats als Personen mit hohem gesellschaftlichen Engagement und großer Verankerung im vorpolitischen Raum bezeichnet werden. Die Vernetzungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien sind hierbei vielschichtig. Dennoch lassen vor allem in Freiburg die unterschiedlichen Profile der Mitgliedschaften trotz aller Modernisierungsprozesse ein Muster erkennen, das die traditionellen gesellschaftliche Konfliktlinien widerspiegelt: Die Kandidaten von SPD und Bündnis 90/Grüne weisen deutlich andere Aktionsschwerpunkte auf als die Kandidaten der bürgerlichen Parteien. Interessanterweise entsprechen aus diesem Blickwinkel gerade die Grünen am ehesten dem Typus der Milieupartei. Zusammengefaßt sollte es den Parteien zumindest auf der lokalen Ebene nicht allzu schwer fallen, relevante gesellschaftliche Interessen zu erkennen und aufzugreifen. Auf der Basis der hier ermittelten Befunde kann von einer mangelhaften gesellschaftlichen Verankerung der Parteien keine Rede sein, eher prägt pluralistische Vielfalt das Bild.

(2) Die Untersuchung der Einstellungen zur Kommunalpolitik ergeben ein komplexes Bild. Unübersehbar ist die Professionalisierung der Gemeinderatsarbeit und die damit einhergehende parteienstaatliche Strukturierung der Kommunalpolitik in einer größeren Stadt wie Freiburg. Während die Neuenburger Kandidaten weitaus stärker dem traditionellen Muster der Kommunalpolitik mit einer hohen Konsensorientierung in Sachfragen, einer aktiven Verwaltung und einer eher beratenden Ratstätigkeit zuzurechnen sind, betrachten die Freiburger Gemeinderatskandidaten die Kommunalpolitik weitaus stärker unter parteienstaatlichen Gesichtspunkten: Zugespitzt formuliert begreift sich der Gemeinderat als politisches Entscheidungs- und Kontrollgremium, als Parlament, das mittels Mehrheitsentscheidungen und entsprechenden Fachkompetenzen eine zentrale Position in der Kommunalpolitik einnimmt und keineswegs nur als Legitimationsorgan tätig wird. Allerdings zeigt eine genauere Detailanalyse, dass diese Unterschiede nicht allein auf die Größe der beiden Städte und die daraus möglicherweise resultierende unterschiedliche Ausdifferenzierung kommunaler Aufgaben zurückzuführen sind. Wie auch in anderen Studien immer wieder nachgewiesen, macht sich in größeren Städten inzwischen eine jüngere, häufig hochgebildete Politikergeneration vor allem bei den Grünen und großen Teilen der SPD, aber auch bei der CDU bemerkbar, deren Politikverständnis einerseits stärker auf Konflikt und Konkurrenz, andererseits aber auch auf Individualität, Autonomie und Basisdemokratie beruht. Indem nun jedoch auch kommunalpolitische Entscheidungen als Teil eines politisch-ideologischen Gesamtkonzeptes verstanden werden, erfährt die parteienstaatliche Durchdringung der Kommunalpolitik einen weiteren Schub. Dass damit aber zugleich auch die entgegengesetzten Leitbilder – die programmatische Individualität und die nun funktional notwendige Parteidisziplin – in einen für die Kandidaten oft nur schwer auflösbaren Widerspruch geraten und zudem der allgemeinen Konfusion der Beurteilungsmaßstäbe für das Verhalten von Abgeordneten weiteren Vorschub leisten, steht auf einem anderen Blatt.

8. Tabellenanhang

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Merkmale der Gemeinderatskandidaten (in %)

Spaltenprozent	Freiburg							Neuenburg				
	Insgesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	FrW	Sonst.	Insgesamt	SPD	CDU	FDP	FrW
<i>Anzahl der Kandidaturen</i>												
1 Kandidatur	54	65	52	37	42	30	67	53	42	60	71	46
2 Kandidaturen	26	24	28	34	16	40	24	27	33	20	29	27
3 Kandidaturen oder mehr	21	12	21	29	42	30	10	20	25	20	0	27
<i>Frauenanteil</i>	40	24	21	51	34	20	51	22	33	33	0	9
<i>Altersgruppen</i>												
18-35	35	27	24	37	18	5	53	16	20	20	14	9
36-45	24	21	21	37	32	15	21	26	20	20	29	36
46-55	18	29	17	12	16	25	16	37	30	40	43	36
56 und älter	23	24	38	15	34	55	11	21	30	20	14	18
<i>Mittleres Alter (in Jahren)</i>	42.4	44.6	49.0	41.0	46.8	53.6	36.4	45.6	45.2	45.1	46.6	46.0
<i>Bildung</i>												
Haupt-/Real-/Fachschule	32	44	44	12	22	80	27	55	73	47	43	55
Abitur/Studium	68	56	56	88	78	20	73	46	27	53	57	46
<i>subjektive Schichtzugehörigkeit</i>												
Oberschicht	32	15	44	41	54	15	25	18	0	27	14	27
Mittelschicht	55	67	48	46	41	70	58	61	55	67	57	64
Unterschicht	14	18	7	13	5	15	17	21	46	7	29	9
<i>Eigener Wohn-/Hausbesitz</i>	47	38	82	42	65	55	33	86	73	87	86	100
<i>Wohndauer am Ort</i>												
unter 10 Jahren	15	21	4	15	11	5	20	16	18	20	14	9
10-30 Jahren	37	44	33	63	34	5	32	41	64	27	43	36
über 30J./schon immer	48	35	63	22	55	90	48	43	18	53	43	55
<i>Jugend in</i>												
Freiburg bzw. Neuenburg	37	29	54	15	30	70	41	39	27	40	29	55
Baden-Württemberg	33	29	32	49	30	20	32	50	64	47	57	36
BRD/Ausland	29	41	14	37	41	10	27	11	9	13	14	9
<i>Berufsgruppenzugehörigkeit</i>												
Arbeiter/Angestellte	28	30	17	39	24	10	32	41	55	40	43	27
Beamte	10	24	14	7	5	0	8	14	0	27	0	18
Selbständige	25	18	45	20	47	65	7	32	27	20	57	36
Sonstige	38	29	24	34	24	25	54	14	18	13	0	18
Fallzahlen (N)	264	34	29	41	38	20	102	45	12	15	7	11

Tabelle 2: Mitgliedschaften in Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen (in %)

Spaltenprozente	Freiburg							Neuenburg				
	Insgesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	FrW	Sonst.	Insgesamt	SPD	CDU	FDP	FrW
Sportvereine	38	35	50	34	45	75	28	58	50	47	86	64
Musik-/Gesangsvereine	22	18	43	15	11	80	13	38	25	33	43	55
Kulturelle Vereine	19	12	21	24	32	30	13	18	8	20	43	9
Traditionsvereine	8	6	18	5	13	30	2	7	8	0	14	9
Hobbyvereine	5	6	11	0	3	5	5	9	0	7	29	9
Gesellige Vereine	12	21	18	5	5	55	4	24	17	33	29	18
Weltanschauliche Vereine	22	18	11	37	16	10	25	9	17	7	0	9
Soziale Vereine	26	38	29	17	45	25	18	29	25	27	43	27
Gewerkschaften	17	41	11	15	8	0	18	9	17	7	14	0
Berufsverbände	20	21	43	15	34	45	6	13	0	20	29	9
Kirchliche Organisationen (kath.)	8	3	50	0	0	5	5	7	0	13	14	0
Kirchliche Organisationen (prot.)	5	12	4	7	5	0	2	0	0	0	0	0
Elternbeirat, Schulische Gremien	17	18	7	22	24	20	15	7	0	7	0	18
Naturschutzverbände	25	32	18	46	24	15	19	9	25	0	0	9
Sonstige Vereine/Verbände	44	65	57	51	45	35	32	29	25	27	43	27
keine Mitgliedschaften	11	6	4	2	16	0	19	13	17	13	14	9
Fallzahlen (N)	263	34	28	41	38	20	102	45	12	15	7	11

Mitgliedschaft: fördernde und/oder aktive Mitgliedschaft

Tabelle 3: Aufgabe des Gemeinderats gegenüber der Verwaltung (Zustimmung in %)

Es gibt verschiedene Meinungen darüber, wie der Gemeinderat seine Aufgaben gegenüber der Verwaltung wahrnehmen sollte.

Welcher der folgenden Meinungen stimmen Sie am ehesten zu?

„Routineaufgaben sollte man der Verwaltung überlassen, jedoch in grundsätzlichen Fragen muss der Rat die Initiative ergreifen.“

„Aufgabe des Gemeinderats ist es in erster Linie, die Verwaltung zu kontrollieren, auch in Routineangelegenheiten.“

„Aufgabe des Gemeinderats ist es, über die von der Verwaltung erarbeiteten Vorlagen zu beschließen und die Verwaltung zu unterstützen.“

	Freiburg							Neuenburg				
	Insgesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	FrW	Sonst.	Insgesamt	SPD	CDU	FDP	FrW
Grundsatzentscheidung	54	52	52	73	42	40	56	52	33	50	29	91
Kontrolle	34	45	31	25	34	35	35	27	42	21	57	0
Unterstützung	11	3	17	3	24	25	8	21	25	29	14	9

Gesamtfallzahlen: Freiburg N=264; Neuenburg N=45

Tabelle 4: Einstellungen der Gemeinderatskandidaten zur Verwaltung (Zustimmung in %)

„Wenn der Gemeinderat seine Kontrollmöglichkeiten ausschöpft, kann er sich gegenüber der Verwaltung immer durchsetzen.“

„Der (Ober-)Bürgermeister soll mehr Politiker als Verwaltungsfachmann sein.“

	Freiburg							Neuenburg				
	Insgesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	FrW	Sonst.	Insgesamt	SPD	CDU	FDP	FrW
Gemeinderat kann sich durchsetzen	60	70	72	39	54	95	56	80	82	73	86	82
OB sollte eher Politiker sein	60	71	41	68	62	47	60	19	25	15	14	18

Gesamtfallzahlen: Freiburg N=264; Neuenburg N=45

Tabelle 5: Benötigte Kompetenzen für die Mandatsausübung (Zustimmung in %)

Wenn es um die Kompetenzen von kommunalen Mandatsträgern geht, hört man oft die beiden folgenden Meinungen:

(Entscheiden Sie sich bitte für die eine Meinung, die Sie für richtig halten)

„Mit gesundem Menschenverstand ist jeder kommunale Mandatsträger in der Lage, im Rat die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

„Ohne spezifische Fachkenntnisse (Bauwesen, Verwaltung, Finanzen ...) ist man als Gemeinderat überfordert.“

	Freiburg							Neuenburg				
	Insgesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	FrW	Sonst.	Insgesamt	SPD	CDU	FDP	FrW
gesunder Menschenverstand	55	58	59	43	54	70	55	66	75	73	29	70
Fachkenntnisse	45	42	41	58	46	30	46	34	25	37	71	30

Gesamtfallzahlen: Freiburg N=264; Neuenburg N=45

Tabelle 6: Einstellungen der Gemeinderatskandidaten zur Parteipolitik im Gemeinderat (Zustimmung in %)

„Parteien haben auf dem Rathaus eigentlich nichts zu suchen. Hier geht es um Sachfragen.“

„Ohne Parteien gerät Kommunalpolitik leicht zur Kirchturmspolitik ohne politisches Gesamtkonzept.“

„Eine klare Trennung von Mehrheit und Opposition wie im Bundestag ist auch im Gemeinderat wichtig. So kann der Bürger erst Unterschiede erkennen.“

„Auf ausgesprochene Parteipolitiker sollte man in der Kommunalpolitik zugunsten von `gestandenen` Persönlichkeiten verzichten.“

	Freiburg							Neuenburg				
	Insgesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	FrW	Sonst.	Insgesamt	SPD	CDU	FDP	FrW
Sachfragen statt Parteipolitik	28	12	18	10	35	68	34	67	67	67	29	91
ohne Parteien droht Kirchturmspolitik	68	85	90	85	62	39	55	56	64	57	86	27
Trennung von Mehrheit und Opposition	37	44	48	21	41	55	33	27	42	20	43	10
Persönlichkeiten statt Parteipolitiker	53	35	64	23	57	85	60	57	55	36	71	80

Gesamtfallzahlen: Freiburg N=264; Neuenburg N=45

Tabelle 7: Einstellungen der Gemeinderatskandidaten zum Handlungsspielraum der Kommunalpolitik (Zustimmung in %)

„Echte politische Entscheidungen fallen eigentlich nur auf Bundes- und Landesebene.“

„Der Handlungsspielraum der Gemeinden wird immer enger. Heute kann in der Kommunalpolitik kaum mehr etwas bewegt werden.“

	Freiburg							Neuenburg				
	Insgesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	FrW	Sonst.	Insgesamt	SPD	CDU	FDP	FrW
polit. Entscheidungen erst auf Landesebene	27	15	29	15	33	63	27	60	67	53	57	64
kaum Handlungsspielraum für Gemeinden	43	38	66	50	43	42	35	1	25	21	14	18

Gesamtfallzahlen: Freiburg N=264; Neuenburg N=45